

Keine akute Bedrohung

Die Bedrohung durch Terrorismus in Europa und die Sicherheit in Österreich im Lichte der EU-Präsidentschaft 2006.

Seit der letzten EU-Präsidentschaft Österreichs im Jahr 1998 haben sich die Voraussetzungen für die Gewährleistung der Sicherheit stark verändert. Der Terrorismus ist in Europa zur Realität geworden; das wurde durch die Anschläge von Madrid und London verdeutlicht. Aus diesem Grund kommt dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) eine Schlüsselrolle in der Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards während der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 zu. Hauptaufgabe ist die laufende Analyse der Gefährdungspotenziale, die Vernetzung der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Behörden zwischen den EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern sowie die Bewertung des daraus resultierenden sicherheitspolizeilichen Handlungsbedarfs.

Auf europäischer Ebene ist die Bedrohung durch Terrorismus nach der Anschlagserie in London als sehr angespannt zu bewerten. Bei den Anschlägen in London handelte es sich um die ersten Selbstmordanschläge durch die zweite Einwanderergeneration und die Attentäter waren scheinbar in die europäische Gesellschaft integriert. Dass Staatsbürger eines europäischen Landes für Selbstmordanschläge in Europa rekrutierbar sind, bedeutet eine neue Dimension für die Bedrohungseinschätzung. Neu war auch, dass die Selbstmordanschläge simultan erfolgten. Im Vergleich dazu verübten die Attentäter von Madrid im März 2004 ihre Anschläge zwar auch zur gleichen Zeit, flüchteten jedoch und planten weitere Anschläge.

Sowohl in Madrid als auch in London wurden öffentliche Verkehrsmittel als Anschlagziele gewählt. Auch die am 26. September 2005 in Frankreich festgenommenen Terrorverdächtigen hatten – neben einem Attentat auf die Zentrale des französischen Nachrichtendienstes – Anschläge auf die Pariser U-Bahn und den Pariser Flughafen Orly geplant. Es kann davon ausgegangen



Innenministerin Liese Prokop bei der Antiterrorübung „Vorsorge 05“: „Österreich ist kein unmittelbares Terrorziel.“

werden, dass Terroristen auch in Zukunft schwer zu schützende „weiche Ziele“ wie zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel oder große Plätze in ihre Planungen einbeziehen werden.

Bedrohungslage in Österreich. Als Teil der europäischen Staaten-, Werte- und Kulturgemeinschaft und im Hinblick auf die EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 ist die aktuelle Gefährdungslage Österreichs im gesamteuropäischen Kontext zu bewerten. Die aktuelle Bedrohungslage in Österreich bezüglich extremistischer Aktivitäten und terroristischer Tendenzen ist jedoch im europäischen Vergleich als geringer einzustufen. Obwohl ein tendenziell steigender Radikalisierungsgrad in manchen muslimischen Kreisen zu erkennen und dadurch ein gewisses Risikopotenzial vorhanden ist, gibt es zur Zeit keine akute Bedrohung Österreichs durch islamistische Terroristen.

Da die Ermittlungen zu den Terroranschlägen in Madrid und London gezeigt haben, dass es sich bei den Attentätern um Personen handelte, die zuvor schon in den Fokus der Sicherheitsbehörden geraten waren, beobachtet das BVT angesichts der bevorstehenden EU-Präsidentschaft die einschlägige Szene mit besonderer Wachsamkeit.

Der interkulturelle Dialog soll durch die enge Zusammenarbeit mit der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich gefördert werden. Regelmäßige Gespräche aus besonderem Anlass ermöglichen einen kontinuierlichen Sicherheitsdialog zwischen den öster-

reichischen Sicherheitsbehörden und der islamischen Glaubensgemeinschaft.

Während der EU-Präsidentschaft wird Österreich seine Erfahrungen im interkulturellen Dialog einbringen und die Implementierung der langfristigen Strategie für ein Vorgehen gegen Radikalisierung und Rekrutierung fortsetzen.

Die evidente EU-weite Bedrohung durch Terrorismus bedingt für die EU-Präsidentschaft umfassende Personen- und Objektschutzmaßnahmen durch die österreichischen

Sicherheitsbehörden. Diese Maßnahmen werden zentral durch das BVT gesteuert und basieren ebenfalls auf diesen Gefährdungseinschätzungen. Besondere Bedeutung haben die vom BVT und den neun Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) erstellten anlassbezogenen Lagebilder vor jeder Veranstaltung sowie die regelmäßigen regionalen Berichten der LVT. Damit soll eine Gefährdung, welcher Art auch immer, erkannt und ihr effektiv begegnet werden. Die Spezialisten des Einsatzkommandos Cobra garantieren einen optimalen unmittelbaren Personenschutz. Sie werden wie die für den Schutz der Hotels und Tagungsorte zuständigen Sicherheitsbehörden laufend vom BVT mit aktuellen Gefährdungseinschätzungen unterstützt.

Die sicherheitspolizeilichen Planungen zur EU-Präsidentschaft 2006 laufen bereits seit Mitte 2003. Internationale Erkenntnisse und Informationen sowie die im Inland bei großen Konferenzen und Staatsbesuchen gewonnenen Erfahrungen bilden die Basis für die Festlegung der Sicherheitsstandards. Die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen während der österreichischen Vorsitzführung konzentrieren sich aus heutiger Sicht auf zumindest elf Ministerkonferenzen, vier Sondertreffen und auf zahlreiche Expertentreffen in der permanenten Konferenzfazilität (PKF) in der Wiener Hofburg. Die Tagungen des Eu-



Foto: A. Tuma

ropäischen Rates in Brüssel werden ebenfalls personell serviciert. Das Sicherheitskonzept des BMI wurde unter Einbeziehung von Unterstützungsleistungen des BMLV erstellt. Gegenüber der Vorsitzführung Österreichs im Jahr 1998 ergibt sich infolge der EU-Erweiterung faktisch eine Verdoppelung der erforderlichen logistischen Leistungen.

Darüber hinaus ist die allgemein verschärfte Sicherheitssituation zu berücksichtigen – insbesondere nach den Terroranschlägen in New York, Madrid und London. Laufende Lagebeurteilungen und Gefährdungseinschätzungen werden erstellt, um anlassbezogen agieren und nötigenfalls angepasste Sicherheitsvorkehrungen treffen zu können. Die Adaptierung der legislativen Voraussetzungen sind unverzichtbare Rahmenbedingungen, um auf die Herausforderungen reagieren zu können.

Es wurde auch ein Konzept für Krisen- und Katastrophenschutz unter Einbeziehung der Bundesländer erarbeitet. Dieses Konzept baut auf den vorhandenen Strukturen des Katastrophenschutzes der Länder sowie des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements auf, das im Jahr 2004 im BMI neu strukturiert wurde. Im Juli 2005 erfolgte eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse der vorhandenen Katastrophenschutzplanungen auf Ebene der Länder und Bundesministerien.

Diese bestätigten, dass für mögliche Katastrophenfälle geeignete, allgemeine und spezifische Planungen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene vorbereitet sind. Eine Adaptierung der Pla-



Islamkonferenz in Wien: Personenschutz durch Polizisten.

nungen sowie gegebenenfalls temporäre Zusatzmaßnahmen zu sensiblen Zeitpunkten während der EU-Präsidentschaft wurde daher nur für folgende Szenarien für notwendig erachtet:

- Massenansturm an Verletzten,
- Gefahren aufgrund des Einsatzes von C-Stoffen,
- kritische Infrastrukturen, vor allem Verkehrsträger.

Mit allen Nachbarstaaten, mit denen bilaterale Katastrophenhilfeabkommen bestehen, erfolgten hinsichtlich der EU-Präsidentschaft Konsultationen für eine mögliche grenzüberschreitende Hilfeleistung im Bedarfsfall.

Auch auf legislativer Ebene wurden Maßnahmen gesetzt, die den Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterstützen. So ist am 1. Jänner 2006 das Fremdenrechtspaket 2005 in Kraft getreten. Die Regelungen wirken der Gefahr entgegen, Österreich zu einem Rückzugsgebiet für extremistische Erscheinungsformen werden zu lassen. Teil des Fremdenrechtspakets ist das Fremdenpolizeigesetz, das explizit extremistisch oder terroristisch relevantes

Verhalten berücksichtigt. Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass ein Fremder einer terroristischen Vereinigung angehört oder angehört hat, oder bestimmte Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass der Fremde durch öffentliche Beteiligung an Gewalttätigkeiten, durch den öffentlichen Aufruf zur Gewalt, durch hetzerische Aufforderungen oder Aufreizungen die nationale Sicherheit gefährdet, könnten eine Visa-Versagung oder ein Aufenthaltsverbot nach sich ziehen. Dies gilt auch für Fremde, die in Österreich bereits langjährig rechtmäßig niedergelassen oder hier aufgewachsen sind.

Terrorismus-Aktionsplan. Während der österreichischen Präsidentschaft werden gerade auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung Schwerpunkte gesetzt. So werden die Maßnahmen des Terrorismus-Aktionsplans fortgeführt und/oder adaptiert. Im Juni 2006 wird der aktualisierte Aktionsplan präsentiert. Zusätzlich soll durch die enge Zusammenarbeit mit den Trägern des Islams in Österreich der interkulturelle Dialog fortgesetzt werden – unter Einbeziehung integrationspolitischer, insbesondere aber sicherheitsrelevanter Themenstellungen. Mit einer zentralen Veranstaltung des Innenministeriums Mitte Mai 2006 soll der Dialog weiter ausgebaut werden. Der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten soll verbessert werden. Der Schwerpunkt wird bei der Definition und der Umsetzung des Grundsatzes der Verfügbarkeit liegen.

TERRORBEKÄMPFUNG

Threat Response Centre

Aufgrund der evident hohen Terrorismus-Bedrohungslage in Europa und weltweit ist eine starre Trennung von äußerer und innerer Sicherheit im Hinblick auf die völlig neuartigen Gefährdungslagen aus Sicht der Staatsschutzbehörden obsolet geworden. Vielmehr erkennen wir im nationalen Bereich die Notwendigkeit, sämtliche relevante Informationen zu bündeln und zu analysieren, um lageangepasst und angemessen reagieren zu können. Insbesondere auch in Vorbereitung auf die bevorstehende EU-Präsidentschaft Österreichs in der ersten Jahreshälfte 2006 sind sämtliche Organisationseinheiten herausgefordert, im Interesse der nationalen Sicherheit möglichst offen und eng zu kooperieren.

Um etwaigen Bedrohungen rasch und wirkungsvoll begegnen zu können, wur-

de das „Threat Response Centre“ (TRC) im BVT eingerichtet. Das TRC knüpft an den EU-Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung an. Darin wird die nationale und internationale Zusammenarbeit, insbesondere von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten sowie Polizeibehörden zur Terrorismusbekämpfung als Priorität definiert.

Das TRC ist somit die nationale und internationale Informationsdrehscheibe und Koordinationsstelle für alle extremistisch- bzw. terrorismusrelevanten Hinweise, Informationen, Anfragen, Sachverhalte und Ermittlungen. Es dient der nationalen und internationalen Vernetzung von Polizei-, Nachrichten- und Sicherheitsdiensten insbesondere im Lichte der österreichischen EU-Präsidentschaft zum Zweck der Prävention, Politikberatung und vor allem der si-

cherheitspolizeilichen Gefahrenabwehr. Damit besteht eine zentrale Informationszugangs- und Anlaufstelle.

Ziel ist es, durch Bündelung der einlangenden Informationen eine rasche Auswertung und Bedrohungsanalyse zu gewährleisten. Dadurch wird eine schnelle und kompetente Reaktion auf staatsschutzrelevante Gefahren sichergestellt. Durch eine Vielzahl von Kontakten auf bilateraler und multilateraler Ebene werden umfassende Informationen gewonnen – unter anderem in Form von Expertentreffen, sowie über die österreichischen und die ausländischen Verbindungsbeamten. Diese Informationen fließen in die nationale Lageeinschätzung und in die Bekämpfungsstrategie ein. Damit wurde der Grundstein für gemeinsam getragene Beurteilungen der nationalen und internationalen „Intelligence Community“ gelegt.

Foto: E. WEISSHEIMER